

# Den Öffentlichen bleibt keine Wahl mehr

Autor(en): **Rens, Lola**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **86 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355452>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Den Öffentlichen bleibt keine Wahl mehr

**Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes müssen den Kampf gegen die stumpfsinnige bürgerliche Abbaupolitik intensivieren. In einem Klima, in dem die Funktion des öffentlichen Sektors systematisch mies gemacht wird, ist dies kein leichtes Unterfangen.**

Die Bilanz der verflossenen Jahre ist alles andere als befriedigend, und dies trotz andauerndem Einsatz in den Reihen des VPOD. Im ganzen gesehen haben sich mit den Löhnen sogar auch die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Es gibt gewisse Sektoren, gewisse Regionen, die davon verschont sind, ja sogar Fortschritte verzeichnen bei der Einlösung klassischer Forderungen. Aber im allgemeinen ist die Verteidigung des Erreichten zur einzigen Priorität geworden, die im Kreuzfeuer bürgerlicher Mehrheiten steht, die im Parlament klare Einschnitte gefordert haben.

Die Verhandlungen spielen sich, wie die Arbeit selbst, in zunehmend gespanntem Klima ab. Disziplinarmaßnahmen, Entlassungsdrohungen und Entlassungen, Dienstüberlastungen, weil Personal nicht ersetzt wird, tragen das ihre dazu bei, eine ohnehin schon drückende Atmosphäre noch zu belasten. Aufschlussreicher als die individuellen Konflikte, die sich zwar mehren, sind die kollektiven Konflikte, und da mobilisieren sich die Angestellten mit unterschiedlichem Enthusiasmus. Oft ohne sich die Mühe zu nehmen, Mitglied ihrer Gewerkschaft zu werden.

Welchen öffentlichen Dienst wollen wir? Den besten oder den billigsten? Welches ist genau sein Ziel, seine Rolle, seine Funktion? Und was wollen wir verteidigen, was aufbauen, was verbessern? Denn wenn bekannt ist, dass der VPOD die Beamten verteidigt, so wird etwas schnell vergessen, dass er es oft auch im Namen der Benutzer tut.

Die Situation der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit ist heikel. Wenn die öffentlichen Finanzen schrumpfen, wird mit dem Finger auf die Beamten gezeigt und sie werden der Privilegien bezichtigt. Obwohl es vor allem der Sozialstaat ist, der in Frage gestellt wird, ohne Rücksicht auf die verletzlichsten Gruppierungen der Bevölkerung.

Angegriffen wird an verschiedenen Fronten: Die Blockierung der effektiven Personalbestände wird praktisch überall, offen oder stillschweigend, praktiziert und übt einen zunehmenden Druck auf jene aus, die bleiben. Da wächst die Angst vor der Entlassung. Wo doch das Beamtenwesen in der Schweiz im internationalen Vergleich ohnehin sehr gerafft ist.

Der Teuerungsausgleich ist eine unserer wichtigsten Errungenschaften. Aktuell bleibt in den besten Fällen ein partieller Ausgleich bestehen, während der VPOD sich weigert, vom Prinzip abzugehen. Was ihn dazu drängt, Lohnkürzungen oder angeblich zeitlich beschränkte Solidaritätsbeiträge in Kauf zu nehmen, um die Zusammenstöße, die sich in einem ungleichen Kräfteverhältnis abzeichnen, zu lösen zu versuchen.

Der beabsichtigte Sinn des Leistungslohnes, der darin bestünde, einen effizienteren Dienst zu leisten, wird verdreht. Wenn er auch selten bleibt – in den Services Industriels in Genf wurde er trotz heftiger Kämpfe eingeführt –, ist die Versuchung gross, Methoden aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich hinüberzuschuggeln, was nicht immer angepasst ist. Wieder einmal stellt sich die Frage, wie wir den öffentlichen Dienst verstehen und begreifen, der über das Mittel der Besteuerung finanziert wird und keinen zusätzlichen Lohn zulassen kann, der an Leistungen gebunden ist, da diese keinerlei zusätzliche Einnahmequelle produzieren. Was in Wirklichkeit zählt, ist allein das Bemühen um ein ausgeglichenes Staatsbudget. Das Mit-



Von Lola Rens,  
Sekretärin VPOD

tel wird also verkehrt eingesetzt.

Der Beamtenstatus scheint sich zu verlieren, nachdem die Angestellten mehr und mehr unter privatrechtlichem Vertrag eingestellt werden. Diese Verträge geben dem Personal ganz eindeutig weniger Garantien. Ebenfalls verändert sich die Lohnstruktur, in der Art, dass jährliche Lohnerhöhungen wegfallen oder Jahreszulagen gestrichen werden.

Zusehends häufiger werden Privatisierungen

angepriesen, bleiben aber noch Ausnahmen. Die Ausrichtung auf finanziellen Gewinn hat enorme Beeinträchtigungen sowohl in der Behandlung des Personals als auch in der Ausübung der Arbeit zur Folge. Selbst wenn man also behauptet, nur Vorteile der direkt betroffenen Angestellten zu beseitigen, werden andere Faktoren in Mitleidenschaft gezogen: Das öffentliche Interesse, nämlich Qualität und Sicherheit des Angebots und der Leistung werden möglicherweise in Frage gestellt.

Schon seit einiger Zeit steht die Verkürzung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung zahlreicher Debatten. Das Problem

---

**Das Gefühl aber,  
zu spät zu sein,  
ist falsch.**

---

kann nicht zur Sprache gebracht werden, ohne dass gleichzeitig von begleitenden Lohnkürzungen die Rede ist, einer variablen Reduktion, angepasst den entsprechenden Lohnmodellen oder Lohnklassen. In der Theorie ein hübsches Modell, vorteilhaft für die Lebensqualität, die Familie und die persönliche Entwicklung. In der Praxis aber das Risiko von Ungerechtigkeiten gegenüber den minder Vermögenden, die dann eher Kumulierung der Arbeit ris-

kiernten als einen Abbau. «Geschenke» Urlaubstage in gewissen Verwaltungen indes, wo die Angestellten schon Lohnkürzungen, Solidaritätsabgaben oder Kürzungen der Teuerungszulagen über sich haben ergehen lassen müssen, sind falsch verstandene Arbeitszeitverkürzung.

Die Subventionen werden mehr und mehr abgebaut bis eingestellt, was eine Vielzahl von Dienstleistungen in wichtigen, wenn nicht lebenswichtigen Bereichen gefährdet: Forschung, Bildung, Kultur usw.

Der Arbeitsfriede, manchmal durch eine rührige Fraktion des VPOD in Frage gestellt, ist faktisch eine quasiobligatorische Komponente der Übereinkünfte zwischen dem Personal und den Arbeitgebern. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung über seine theoretischen Rechtfertigungsgründe scheint uns nicht ausschlaggebend zu sein. Tatsächlich ist festzustellen, dass im Verlauf der Zeit die Fälle nicht selten sind, wo sich eine Regierung über früher mit dem Personal ausgehandelte Übereinkünfte hinwegsetzt. Unter solchen Bedingungen spielt es wenig Rolle, ob der Arbeitsfriede da oder dort protokolliert worden ist. Es erweist sich ganz einfach als notwendig, auf Kampfmassnahmen zurückzugreifen. Was nicht nützlich ist, solange die Verständigung noch existiert, selbst wenn sie schwierig ist.

Leider ist festzustellen, dass die Führung der Staatsfinanzen in den Zeiten der Hochkonjunktur unausgeglichen war. Und es sind gewisse Irrtümer vorgekommen, die jetzt gewissen bürgerlichen Mehrheiten Argumente zugunsten des staatlichen Abbaus liefern. Die Sparmassnahmen gestatten nun auch, das Personal zu disziplinieren, das jetzt nur zögernd von Urlauben Gebrauch macht, auf die es manchmal ein Recht hätte, um ein krankes Kind zu pflegen oder von einem gewerkschaftlichen Bildungsurlaub zum Beispiel. Die Angst vor Repressalien wächst spürbar und hindert nicht wenige Angestellte, sich gemeinschaftlich zu verteidigen; und entmutigt überdies sehr, legitime Forderungen in Hinblick auf die Entwicklung des Stellenmarktes zu erheben, so die nach beruflicher Weiterbildung.

Dennoch und noch einmal, die einzige Antwort, welche die Gewerkschaftsbewegung auf die derzeit vorherrschende verantwortungslose Politik geben kann, das ist der Kampf in all seinen Formen, Streik inbegriffen. Und dazu muss man sich zusammentun, und das ist sehr erschwert durch das Klima des Argwohns gegenüber den Beamten, das so viele Rechtsregierungen und die hauptsächlichlichen Medien geschickt zu schüren wissen. Es ist bekannt, dass die Situation der Arbeiter wohl insgesamt schlimmer ist; doch sind sie zu diesem Thema leicht zu manipulieren. Ausserdem ist die in ihrem Sektor vorherrschende Logik des Profits jener, die für das Beamtenwesen gilt, diametral entgegengesetzt. Aber die so erzeugte und täglich neu angefachte Atmosphäre ist besonders lähmend. Und das Personal leichter demoralisiert, zur Rechtfertigung gezwungen, diskreditiert. Und doch, wenn auch die Orga-

**Alles, was  
gerettet wurde  
oder verteidigt,  
erscheint  
nicht mehr.**

nisationen zur Verteidigung der Angestellten nicht unter Beitrittsgesuchen zusammenbrechen, die Mobilisierung geht weiter. Der Widerstand sucht sich neu zu organisieren, um dem öffentlich zur Schau getragenen Willen zum Sozialabbau die Stirn zu bieten. Das Gefühl aber, zu spät zu sein, das uns überkommen kann, ist falsch, wenn man in Betracht zieht, dass sich Angriffe auf die Beamenschaft erst seit letztem Jahr generalisiert zeigten. Vorher waren da und dort isolierte Tritte ausgeteilt worden, die noch nicht die Tragweite voraussagen liessen, welche diese «Austerität» genannte Tendenz annehmen würde. Wie wenn die soziale Rolle des Staates in schwierigen Zeiten eingeschränkt werden müsste.

Obwohl schon bedeutende Mobilisierungen stattgefunden haben, scheint der

Beamtenstand rapide von der Bildfläche zu verschwinden. Die Verhandlungen werden im allgemeinen direkt mit der Exekutive geführt, und diese Diskussionen kommen überhaupt nicht an die Öffentlichkeit. So scheint das Resultat dieser Bemühungen manchmal mittelmässig, sogar schlecht zu sein, und ist es auch im Licht einer früheren Situation quasi vertraulicher Art zwischen Arbeitgebern und Lohnempfängern. Man sieht dann nur das und das ärgerliche Zurückstecken, und alles, was gerettet wurde und heftig bekämpft oder verteidigt, erscheint nicht mehr. Selbst wenn ein solches Zugeständnis schockiert, bleibt es doch entschieden diesseits der neu von den Regierungen erhobenen Forderungen, die immer mehr danach trachten, ihre Dienste einfach der Form nach und ohne Rücksicht auf die Sache mit privaten Unternehmen zu identifizieren.

Die Angestellten der öffentlichen Ämter sind also in der Schusslinie einer solchen Philosophie. Und wenn die Verteidigung ihrer Arbeitsbedingungen in ihren Augen wichtig ist, so stürzen sie sich nicht ohne Überlegung in den Kampf. Mehrere Elemente sind in Betracht zu ziehen.

Einerseits darf die Rolle der Angst in der offensichtlichen Zurückhaltung des Personals und insbesondere der NichtgewerkschafterInnen nicht verdrängt werden. Die hierarchischen Verhältnisse haben sich radikalisiert, und die allgemeine Stimmung zeugt von einer unheilvollen Verunsicherung. Die zunehmende Zahl der Arbeitslosen zeigt ein tiefes Malaise an, und so lassen sich die Angestellten des öffentlichen Sektors leicht darauf ein, wenn man ihnen einen Solidaritätsbeitrag zugunsten der Stellenlosen vorschlägt. Der Wille zur Solidarität wächst im Masse wie der Ernst der Lage bewusst wird.

Andererseits ist eine bedeutende Mobilisierung im Gange, die sich nicht notwendigerweise in der Öffentlichkeit abspielt. Wenn man, vor allem in der von der Krise direkter betroffenen Westschweiz, in letzter Zeit wichtige Vorgänge hat wahrnehmen können, so ist für die kommenden Monate noch Entschiedeneres zu erwarten. Die soziale Qualität des öffentlichen Dienstes wird bedingungslos verteidigt werden.